

Alarmstufe Rot: Freiheitliche warnen vor Wirtschaftskollaps in Österreich!

Barbara Kolm kritisiert die Regierung wegen Ignoranz gegenüber der Rezession und fordert eine Kursänderung für Österreichs Wirtschaft.

Österreich, Land - Die derzeitige wirtschaftliche Lage in Österreich bereitet vielen Experten ernste Sorgen. Barbara Kolm, Wirtschaftssprecherin der Freiheitlichen, kritisiert die Regierung unter Vizekanzler Andreas Babler und Finanzminister Markus Marterbauer scharf. Sie warnt vor einer drohenden wirtschaftlichen Abwärtsspirale und fordert einen drastischen Kurswechsel. Erst kürzlich stellte Kolm fest, dass die Regierung die aktuelle Rezession mit Gleichgültigkeit behandle und wirtschaftliche Unsicherheit verschleierte, was die Situation nur verschärfe. Besonders der unübersichtliche Förderdschungel und ineffiziente staatliche Ausgaben werden als Kernprobleme identifiziert.

Kolm hebt hervor, dass der Mangel an finanziellen Mitteln, mit dem Minister Marterbauer konfrontiert sei, nicht die Ursache der Krise darstelle. Vielmehr sei die Umverteilungspolitik der Regierung dafür verantwortlich, dass die wirtschaftlichen Probleme sich verschärften. Sie sieht die ÖVP als wirtschaftspolitisch irrelevant und kritisiert deren Rückkehr zur kalten Progression, die besonders den Mittelstand belasten würde.

Haushaltsdefizite und mögliche EU-Sanktionen

Aktuelle Prognosen des Fiskalrats deuten auf ein besorgniserregendes Budgetdefizit von 3,9 % des BIP für 2024 und 4,1 % für 2025 hin. Diese Defizite liegen deutlich über der EU-Obergrenze von 3 % des BIP und könnten Österreich in ein EU-Defizitverfahren führen, wie Christoph Badelt, Präsident des Fiskalrates, warnt. Das Land, das historisch als frugaler Musterknabe galt, könnte die Folgen einer solchen Maßnahme spüren, die substanzielle Einsparungen und Reformen erforderlich machen würde.

Die Schuldenquote Österreichs wird voraussichtlich von 78,6 % des BIP im Jahr 2023 auf 85,0 % im Jahr 2028 ansteigen. Höchste Ausgaben für Pensionen und Gehälter der öffentlichen Bediensteten, verursacht durch anhaltende Inflation, sowie eine nachlassende Einnahmendynamik verschärfen die Krise zusätzlich. Um das Defizit auf unter drei Prozent des BIP zu bringen und ein EU-Defizitverfahren zu vermeiden, wird ein Konsolidierungspaket von mindestens 6,3 Milliarden Euro bis Mitte Jänner 2025 gefordert.

Wirtschaftsstrategien und notwendige Reformen

Kolm appelliert an die Regierung, sich klar zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik zu bekennen, um einen wirtschaftlichen Aufschwung zu ermöglichen. Dies könnte jedoch nur gelingen, wenn die ÖVP den Mut aufbringt, in diesem Bereich aktiv zu werden. Sie betrachtet zwei mögliche Wege: Die Fortsetzung der wirtschaftlichen Abwärtsbewegung oder die Umsetzung der notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen.

Expertisen deuten darauf hin, dass die Gesamtheit der Haushaltsmaßnahmen sowohl die Ausgaben- als auch die Einnahmenseite betreffen muss. Es wird eine Evaluierung des Förderwesens gefordert, um Zielkonflikte und Doppelgleisigkeiten zu minimieren und die Transparenz zu erhöhen. Der langfristige Erfolg könnte sich nicht nur in verbesserten Finanzen, sondern auch in der Schaffung neuer

Investitionsspielräume für die Zukunft zeigen.

Der Weg aus der aktuellen Krise ist mit Herausforderungen gespickt. Die politischen Entscheidungsträger sind gefordert, kurzfristige und langfristige Maßnahmen zu ergreifen, um die wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten. Wie sich die Situation entwickeln wird, bleibt abzuwarten, besonders in Anbetracht der drohenden EU-Sanktionen und der damit verbundenen finanziellen Druckmittel.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Österreich, Land
Quellen	• www.kosmo.at • www.heute.at • www.kleinezeitung.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at